

24.4.2018

Pressemitteilung

Jahrestag der Katastrophe in Tschernobyl **Grüne Garching fordern größtmögliche Sicherheitsvorkehrungen**

Am 26. April jährt sich zum 32. Mal die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl. Fahrlässigkeit seitens der Betreiber, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen und anschließende gezielte Desinformation der Bevölkerung brachten mit dem GAU Tod und schlimmste Krankheiten über Generationen von Menschen.

Anlässlich des Gedenktags warnen die Garchinger StadträtInnen Ingrid Wundrak und Werner Landmann und Dr. Hans-Peter Adolf zusammen mit der Direktkandidatin für den Bayerischen Landtag Claudia Köhler vor Fahrlässigkeiten beim Abtransport des Atom Mülls aus Garching. Im Laufe des Jahres 2018 sollen abgebrannte Brennelemente in ein Zwischenlager nach Ahaus transportiert werden. „Zum einen ist dies kein Atom Müll für ein Zwischenlager, denn die benutzten Brennelemente sind noch immer geeignet, Atomwaffen herzustellen. Hier müssen Standards für waffenfähiges Material gelten. Wir werden wachsam sein! Zum anderen wird, entgegen der Versicherung der Bayerischen Regierung beim Start des Forschungsreaktors, noch immer hoch angereichertes Uran (93 % U 235), statt niedrig angereichertes verwendet“, mahnen die PolitikerInnen aus dem Landkreis-Norden.

Zum Vergleich: Leistungsreaktoren arbeiten mit nur ca. 4% (!!)-Anreicherung von radioaktivem Uran 235.

Bereits 1978 startete das (RERTR) Programm, Forschungsreaktoren künftig nur noch mit niedrig angereichertem Uran zu betreiben, um den Handel mit der Gefahr des Raubes von hochangereichertem Uran zu unterbinden. Alle westlichen Staaten, auch die BRD, haben sich dazu verpflichtet. Nur Bayern scherte aus und missbrauchte die internationalen Forschungsergebnisse für die neue Generation von Forschungsreaktoren, indem hochangereichertes Uran, hochverdichtet, verwendet wurde. Da die USA dieses Uranmaterial aus diesem Grund nicht liefern, bezieht es Bayern aus Russland – ein fauler Deal mit der Wissenschaft, den die Grünen PolitikerInnen ebenfalls anprangern. „Wir wollen den atomwaffenfähigen Stoff nicht länger vor unserer Haustüre haben!“, so die PolitikerInnen.